

Regierung unterstützt Sprachengesetz

Die Bündner Regierung steht hinter dem Sprachengesetz des Grossen Rates. Dies, obwohl ihr Entwurf im Rat abgeändert wurde.

Chur. – Es komme immer wieder vor, dass der Grosse Rat Vorlagen der Regierung «verbessere oder abändere», erklärte Regierungsrat Claudio Lardi gestern am monatlichen Treffen der Regierung mit Medienvertretern. Die Regierung habe den Entscheid des Parlaments jeweils zu akzeptieren. Das gelte auch für das Sprachengesetz. Er persönlich sei der Auffassung, dass man auch dem abgeänderten Gesetz zustimmen könne, zumal der Grosse Rat lediglich in Details anders entschieden habe als von der Regierung vorgeschlagen.

Eine Vorlage des Parlaments

Mit dem Referendum bekämpft werde nicht eine Vorlage der Regierung, so Lardi, sondern eine solche des Parlaments. Der Grosse Rat hatte sich bei der Ausarbeitung des Sprachengesetzes für eine 40:60-Prozenteregelung zur Anerkennung romanischer Gemeinden entschieden. Dieser Passus wird mit dem Referendum bekämpft. Die Regierung hatte sich für eine 50:50-Regelung ausgesprochen. (*obe*)